

SG-3 Die inklusive Gesellschaft gestalten

Antragsteller*in: Corinna Rüffer (KV Trier), Matthias Rösch (KV Mainz), Dr. Eike Heinicke (KV Kaiserslautern), Dr. Anne-Marie Heinicke (KV Kaiserslautern), Safak Karacam (KV Trier-Saarburg), Klaus Puchstein (KV Ahrweiler), Stefan Thome (KV Kaiserslautern), Ursula Hartmann-Graham (KV Mainz-Bingen), Patricia Okello (KV Ludwigshafen), Katharina Schmitt (KV Worms), Wolf C. Buchmann (KV Trier), Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich), David Profit (KV Alzey-Worms), Anja Reineremann-Matatko (KV Trier), Ulrich Urschel (KV Kusel), Johannes Wiegel (KV Trier), Daniel Köbler (KV Mainz), Ruth Ratter (KV Bad Dürkheim), Natalie Cramme-Hill (KV Trier), Uwe Andretta (KV Bernkastel-Wittlich), Timo Wans (KV Trier), Jens Sartor (KV Trier), Heide von Schütz (KV Trier-Saarburg), Caroline Würtz (KV Trier), Benno Rehn (KV Alzey-Worms), Regina Quapp-Politz (KV Bernkastel-Wittlich), Alexander Endrikat (KV Trier), Beate Birkenhain (KV Trier);

Tagesordnungspunkt: 3. Sozial- und Gesundheitspolitik

Antragstext

1 Vor zehn Jahren ist das UN-Menschenrechtsübereinkommen über die Rechte von
2 Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) in Deutschland in Kraft getreten. Seither
3 gilt sie als verbindliches Recht in Bund, Ländern und Kommunen. Doch in der
4 Politik und Gesellschaft braucht es noch große Anstrengungen für ein Verständnis
5 der konsequent menschenrechtlichen Perspektive der Konvention. So bleibt der Weg
6 bis zur selbstbestimmten und gleichberechtigten Teilhabe für Menschen mit
7 Behinderungen noch weit.

8 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Rheinland-Pfalz verfolgen wir einen weiten Ansatz
9 von Inklusion. Wir sind überzeugt davon, dass nur eine inklusive Gesellschaft,
10 die Menschen nicht nach Merkmalen wie Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter,
11 Behinderung, Hautfarbe, sexueller Identität oder Orientierung sortiert, sondern
12 alle einbezieht, ein gutes und friedliches Zusammenleben ermöglichen kann. Sie
13 schafft Strukturen, die nicht ausgrenzen, sondern Nachteile ausgleichen. Und sie
14 schafft Strukturen, die Wahlmöglichkeiten erlauben, Barrieren abbauen und durch
15 Transparenz und Einbeziehung Teilhabe ermöglichen. Wir setzen Mut gegen eine
16 Politik der Angst. Dazu müssen wir Menschen das Vertrauen vermitteln, in einem
17 Staat zu leben, der eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht.

18 Das ist heute wichtiger denn je. Denn wir erleben gerade eine Zeit besonderer
19 Herausforderungen. Die Klimakrise duldet keinen Aufschub. Nur konsequentes
20 politisches Handeln kann noch dazu beitragen, dass die Folgen der Erderwärmung
21 und des Artensterbens in einem Rahmen gehalten werden, der die Erde für uns
22 Menschen bewohnbar erhält. Unsere Wirtschaft und auch der Lebensstil vieler
23 Menschen werden sich verändern müssen, um dieses Ziel zu erreichen. Denken wir
24 an den Automobilbereich: schon heute wissen die vielen Beschäftigten der großen
25 Konzerne und ihrer Zulieferer, dass der Verbrennungsmotor keine Zukunft hat. Sie
26 stehen einem Strukturwandel in ihrer Branche gegenüber, der für sie und ihre
27 Familien noch nicht kalkulierbar ist. Werden alle ihren Job behalten? Das ist
28 mindestens zweifelhaft. Aber was steht einem 50jährigen Industriearbeiter bevor,
29 wenn seine Stelle abgebaut wird. Ein Leben in Hartz IV? Das darf nicht

30 passieren, weil es zu persönlichen Härten führen würde, und es darf auch nicht
31 passieren, weil Rechtsextreme bereit stehen, gesellschaftliche Verunsicherung in
32 brutalen Hass auf Minderheiten zu verwandeln. Ihr Ziel besteht darin, den
33 Zusammenhalt in unserer Gesellschaft aufzulösen und die Demokratie durch ein
34 autoritäres System zu ersetzen.

35 Dem müssen wir entschieden entgegenreten und dem Hass eine attraktive und am
36 Wohl aller Menschen orientierte Politik entgegenstellen. Politik greift zu kurz,
37 wenn sie sich unaufhörlich an Einzelmaßnahmen abarbeitet aber nicht erkennen
38 lässt, in welche Richtung sie insgesamt steuert.

39 Viele Menschen vermissen in der Politik den Willen, Probleme grundsätzlich
40 anzugehen:

- 41 • dass unsere Städte wieder in die Lage versetzt werden, Akteure am
42 Wohnungsmarkt zu werden, damit dringend benötigter bezahlbarer Wohnraum
43 entsteht,
- 44 • dass unsere Dörfer dabei unterstützt werden, attraktive Lebensräume für
45 alle Generationen zu bleiben,
- 46 • dass Barrieren abgebaut werden, um allen den Zugang zu öffentlich
47 genutzten Einrichtungen zu ermöglichen,
- 48 • dass die Leistungen und Assistenz gegeben wird, die notwendig sind, damit
49 alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können,
- 50 • damit Einrichtungen überwunden werden, die in Wirklichkeit nicht inklusiv
51 sind, sondern selektieren,
- 52 • dass Abgrenzung und Gewalt zwischen unterschiedlichen Gruppen verhindert
53 wird, um eine gutes Zusammenleben zu ermöglichen.

54 Grundlegend für eine richtungsweisende Politik sind inklusive Lösungen, die für
55 unterschiedliche Bedarfe und Interessen gleichsam passende Strukturen schaffen.
56 Kein größeres Bauvorhaben darf ohne Sozialen Wohnungsbau errichtet werden. Die
57 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz dürfen nicht abgesenkt werden,
58 stattdessen soll die Integration in ein Grundsicherungssystem für alle
59 umgestaltet werden, das nicht erniedrigt, sondern Perspektiven unterstützt.
60 Quartiers- und Gemeindezentren, die Beratungsangebote, Kindertagesstätten,
61 Unterstützungsangebote für alte und behinderte Menschen vorhalten und die
62 Begegnung von Menschen unterschiedlicher Generationen, sozialer Stellung und
63 Herkunft mit und ohne Beeinträchtigungen ermöglichen. Die soziale Infrastruktur
64 muss so ausgebaut werden, dass sie weniger spezifische Angebote für einzelne
65 Personengruppen, sondern gemeinsame Angebote für die jeweiligen Bedarfslagen
66 bereithält.

67 Für uns in Rheinland-Pfalz bedeutet das besonders:

- 68 • Mobilität sozial und barrierefrei ausbauen. In einem Flächenland ist
69 Mobilität ein besonderer Schlüsselfaktor für die gleichberechtigte
70 Teilhabe am Arbeitsleben und für die soziale Teilhabe. Deshalb müssen

71 Busse und Bahnen weiter ausgebaut werden, barrierefrei sein und ihre
72 sozial gerechte sowie günstige Nutzung gewährleistet sein.

73 • Erziehung und Bildung müssen endlich konsequent inklusiv organisiert
74 werden. Trotz vieler Maßnahmen auf gesetzlicher Ebene, in der Beratung und
75 der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte geht das Elternwahlrecht in
76 Richtung Sonderschulsystem. Dort werden Ressourcen gebunden, die für die
77 inklusive Bildung gebraucht werden. Hier müssen wir ansetzen für eine
78 inklusive Haltung und strukturelle Änderungen in allen Bereichen des
79 Bildungssystems, die mit den notwendigen Ressourcen unterstützt wird.

80 • Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes muss konsequent für die Schaffung
81 von Inklusion im Arbeitsleben, beim Wohnen und in der sozialen Teilhabe,
82 bei Freizeit, Kultur und Sport genutzt werden. Individuelle Unterstützung
83 und Assistenz, Beratung und die Systematik der Vergütung von Einrichtungen
84 und Diensten müssen danach ausgerichtet sein, Sonderwelten für Menschen
85 mit Behinderungen zu überwinden, deren Selbstbestimmung zu stärken und ein
86 inklusives Land zu gestalten.

87 • Eine inklusive Gesellschaft zu sein, die Diskriminierung aufgrund
88 Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter, Behinderung, Hautfarbe, sexueller
89 Identität oder Orientierung verhindert. Dazu brauchen wir ein
90 Landesantidiskriminierungsgesetz als wichtiges gesellschaftspolitisches
91 Signal.

92 Mit diesem strukturellen Ansatz der Inklusion muss der Austausch der
93 gesellschaftlichen Gruppen, die Dialogbereitschaft, der Abbau von Vorurteilen,
94 die Förderung gemeinsamer Interessen und das intensivere kulturelle
95 Zusammenleben erreicht werden.

96 In den vergangenen Jahrzehnten hat die Öffnung der Gesellschaft zu mehr
97 Lebensqualität geführt. Diese zu bewahren und fortzuentwickeln muss zentraler
98 Ansatz grüner Politik sein.

99 Nur eine inklusive Gesellschaft, die für die Unterschiedlichkeit der Menschen
100 Raum schafft und sie zu einem verständnisvollen, toleranten und offenen Umgang
101 in der Gemeinschaft ermutigt, kann den vielfältigen An- und Herausforderungen
102 unserer Zeit standhalten.

103 Inklusion ist ein Menschenrecht. Dieses umzusetzen ist eine Querschnittsaufgabe
104 in allen Politikbereichen und erfordert seine Verankerung als Strukturprinzip,
105 welches bei allen Gestaltungsvorschlägen zu berücksichtigen ist.

106 Das ist nicht neu für uns. Schon 2011 haben wir auf einer
107 Bundesdelegiertenkonferenz in Kiel beschlossen, dass sich der Grüne Kompass am
108 Leitbild einer inklusiven Gesellschaft orientieren soll.

109 Nun wird es Zeit für einen Abgleich:

110 Wo stehen wir? Ist es gelungen, die Arbeit der Partei sowie der Landtags- und
111 Kommunalfraktionen konsequent daran zu orientieren? Wo müssen wir nachlegen?
112 Diesen Prozess können und möchten wir nicht allein bewältigen. Wir sind
113 weiterhin auf die Mitwirkung möglichst großer Teile der Bürger*innengesellschaft

- 114 angewiesen und laden alle interessierten Gruppen dazu ein, mit uns über die
115 notwendigen Schritte zu beraten.
- 116 Vor diesem Hintergrund beauftragt die Landesdelegiertenversammlung den
117 Landesvorstand damit dafür Sorge zu tragen, dass in den laufenden Prozess zur
118 Erarbeitung eines Landtagswahlprogramms die inklusive Gesellschaft als
119 Strukturprinzip in allen Politikbereichen verankert wird.

Begründung

erfolgt mündlich